

Scintilla-Boom hält weiter an

Seit der Corona-Pandemie platzt das Scintilla-Werk in St. Niklaus aus allen Nähten. Bahnt sich ein weiterer Werksausbau an?

Martin Kalbermatten

Die Corona-Pandemie hat in der Walliser Wirtschaft grosse Schäden hinterlassen. Es gibt aber auch Branchen, die von Covid und deren Auswirkungen profitiert haben. Dazu zählt auch die Scintilla in St. Niklaus. Gefühlt jeder wurde während der Lockdowns zum Handwerker. Plötzlich hatte man Zeit und nutzte diese für Renovationen. Mithin damit begründete Michel Imseng, Werksleiter der Scintilla in St. Niklaus, vor gut einem Jahr die global stark angestiegene Nachfrage nach Elektrowerkzeugzubehör. Das Werk kam derart stark an seine Kapazitätsgrenzen, dass zwischenzeitlich 100 neue Mitarbeiter temporär eingestellt werden mussten. Viele davon kamen aus der gebeutelten Gastronomie.

Ein Jahr später ist der Scintilla-Boom immer noch ungebrochen. Dies, obwohl die Corona-Pandemie am Abflachen ist und Lockdowns kaum noch ein Thema sind. Wie lässt sich dieser anhaltende Erfolg erklären?

Scintilla-Produkte auch in den USA äusserst gefragt

In normalen Zeiten produzierte die Bosch-Tochter Scintilla bis anhin rund eine Million Einheiten Elektrowerkzeugzubehör pro Tag. Die Angebotspalette reicht dabei von Stichsägeblättern über Säbelsägeblätter bis hin zu oszillierenden Multifunktionswerkzeugen. Schon vor Corona war Scintilla in allen drei Bereichen Weltmarktführer. Während der Corona-Pandemie konnte die Produktion dann auf 1,3 Millionen Einheiten Elektrowerkzeugzubehör pro Tag gesteigert werden. Und auch aktuell bewegt sich die Produktion der Scintilla in dieser Grössenordnung. Werksleiter Imseng begründet dies mit der Erschliessung des nordamerikanischen Markts: «Schon vor Corona sahen wir dort Potenzial und lancierten entsprechende Projekte. Diese Investitionen in neue Produkte

und neue Innovationen zahlen sich jetzt aus.»

Scintillas Höhenflug ist damit aber noch nicht vorbei. So rechnet Imseng in den nächsten Jahren mit einem weiteren Wachstum: «Das wird zwar wohl nicht mehr so überproportional sein wie jetzt. Doch wir werden weiter wachsen. Was damit zu tun hat, dass wir wieder in neue Märkte investieren wie damals in Nordamerika.»

Werden die temporären Arbeitsplätze zu fixen?

Der Rubel rollt also auch weiterhin in St. Niklaus. Angesichts dieser rosigen Aussichten drängt sich die Frage auf, ob aus den in der Corona-Zeit temporär eingestellten 100 neuen Mitarbeitern nun fest angestellte Mitarbeiter werden könnten. Imseng dazu: «Diese 100 Arbeitsplätze bleiben vorerst temporäre.» Indessen seien längst nicht alle in die Gastronomie zurückgekehrt.

Letztere tut sich seit der Pandemie schwer, ihre Angestellten zu behalten. Was vor allem an den schlechten Arbeitsbedingungen liegt (der WB berichtete). Doch auch für Scintilla ist es nicht immer einfach, neue Mitarbeiter zu finden. Vor allem jetzt, da auch Lonza nach zahlreichen Fachkräften sucht. «Da gibt es sicher Schnittstellen. Wobei ich nicht von einem Konkurrenzkampf sprechen würde», sagt Imseng. Das sei eher ein Luxusproblem.

Aktuell zählt Scintilla 724 Mitarbeiter. Dies, nachdem der Mitarbeiterstab zwischenzeitlich mit den besagten temporären Angestellten von 680 auf 780 erhöht wurde.

Kapazitätssteigerung mit neuen Anlagen

Scintilla produziert also aktuell mit 724 Mitarbeitern auf ähnlich hohem Niveau wie vor einem Jahr mit 780 Mitarbeitern. Die Belegschaft ist entsprechend gefordert. Kann da die Nachfrage überhaupt noch gestillt werden oder gibt es zuweilen Rückstän-



Dank der Erschliessung neuer Märkte in den USA steht das Elektrowerkzeugzubehör der Scintilla um Werksleiter Michel Imseng ungebrochen hoch im Kurs. Bild: pomona.media/Andrea Soltermann

«Wir werden weiter wachsen.»

Michel Imseng
Werksleiter
Scintilla St. Niklaus

de? «Zeitweise übersteigt die Nachfrage effektiv unsere Kapazitäten. Die Lieferungen werden dann gleichmässig verteilt, sodass es keine grösseren Rückstände gibt», sagt Imseng.

Da Imseng in den nächsten Jahren mit einem weiteren Wachstum rechnet, wird der Ruf nach Kapazitätserweiterungen immer lauter. Der letzte Erweiterungsbau, ein zweistöckiges Gebäude mit knapp 4000 Quadratmetern Platz für neue Fertigungstechnologien, wurde gerade mal vor zwei Jahren eingeweiht. Theoretisch könnte das

heutige Werk noch um ein weiteres Stockwerk erhöht werden. Laut Imseng hat es im bestehenden Erweiterungsbau allerdings noch freie Flächen: «Diese werden bald mit neuen Anlagen bestückt. Als letztes Jahr der Corona-Boom einsetzte, konnten wir nämlich auch Investitionen in neues Equipment auslösen. Mit den entsprechenden selbst entwickelten und selbst gebauten Anlagen werden wir die aktuelle Situation etwas entschärfen können.» Nichtsdestotrotz müsse man sich aber sicher Gedanken machen, ob künftig noch

weitere Produktionsflächen benötigt würden.

Klar ist derweil auch, dass diese Maschinen von Menschen bedient werden müssen. Beim letzten Erweiterungsbau stellte Bosch jedoch keine weitere Erhöhung des Personalbestands in Aussicht. Gilt das immer noch? «Diese Aussage ist nicht in Stein gemeisselt», sagt Imseng. Je nach Nachfrage und Kapazitätserweiterungen werde man sicher flexibel auf den Personalbestand reagieren können, spricht sich die Fachkräfte holen, die man brauche.

Raumplanung: Graber kämpft gegen Bundesgerichtsentscheid

Alte Bausünden sollen nicht verjähren, sagt das Bundesgericht. Nun reagiert die Nationalratskommission. Was das für das Wallis heisst.

Das Bundesgericht hat im Frühjahr entschieden, dass ausserhalb der Bauzonen andere Regeln herrschen als innerhalb. Konkret: Dass für illegale Bauten ausserhalb der Bauzonen keine Verjährungsfrist für die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes mehr gilt. Das heisst, dass auch vor über 30 Jahren illegal erstellte Bauten abgerissen werden müssen. Bislang galt: Illegal erstellte Gebäude können nach 30 Jahren stehen gelassen werden.

Das Wallis wäre vom Bundesgerichtsentscheid besonders stark betroffen. Die kantonale Baukommission hat in den Jahren 2013 bis 2020 insgesamt 1301 Baupolizeidossiers ausser-



Wie weiter? Eine umgebaute Hütte ausserhalb der Bauzone bei Dorbagnon, Gemeinde Savièse. Bild: Keystone

halb der Bauzone behandelt. Kommt die kantonale Baukommission nachträglich zum Schluss, dass eine bisher eigentlich verjäherte Baute im Nachhinein nicht bewilligungsfähig ist, droht dem Eigentümer der Rückbau. Und dem Wallis eine Abrisswelle?

Dagegen kämpft SVP-Nationalrat Michael Graber. Er hat zusammen mit Mike Egger (SVP/SG) eine Kommissionsmotion angestossen, die das Bundesgerichtsurteil kippen will. Die Anwendung des Bundesgerichtsurteils würde für die zuständigen Behörden in den Kantonen und Gemeinden einen unverhältnismässigen, nicht zu bewältigenden Aufwand mit sich bringen,

heisst es in der Motion, die am Mittwoch angenommen wurde. Der Entscheid war mit 13 zu 11 Stimmen indes denkbar knapp.

Eine Minderheit sprach sich gegen die Motion aus. In ihren Augen würden dadurch widerrechtliche Handlungen legitimiert und würde der Grundsatz der Trennung zwischen Bau- und Nichtbauzone geschwächt.

Die Debatte sei emotional verlaufen, sagt Michael Graber. Für die Berggebiete sei es indes enorm wichtig, diese Verjährungsfrist einzuführen. «Ansonsten müssten im Wallis zahlreiche Bauten rückgebaut werden.»

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie will nun im Raumplanungs-

gesetz eine Verjährungsfrist von 30 Jahren für widerrechtlich erstellte Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone verankern. Mit dieser Regelung soll vermieden werden, dass seit Langem bestehende Situationen den Gemeinden einen hohen administrativen Aufwand verursachen. Ausserdem soll durch die Einführung derselben Verjährungsfrist wie innerhalb der Bauzone eine Gleichbehandlung hergestellt werden.

Ob die Motion umgesetzt wird, steht indes noch in den Sternen. Es wartet der lange parlamentarische Weg durch die Kommission des Ständerats sowie die beiden Parlamentskammern. (bra)